

Niederschrift

über die **8.** Sitzung des **Hauptausschusses** am **Dienstag**, den **22.08.2006** um **16.00 Uhr** im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8.**

Anwesend:	Dr. J. Korsten	Bürgermeister
	D. Busch	
	H. Enneper	
	R. Greif	
	R. Schäfer	bis 17.20 Uhr, TOP 6
	R. Schulte	
	Dr. Jörg Weber	
	M. Grüterich	
	T. Klee	
	H. Nahrgang	
	D. Stark	
	L. Witasek	
	K.-H. Fischer	
	K. Haselhoff	
	B. Rüggeberg	bis 18.20 Uhr, TOP 10
Von der Verwaltung:	R. Meskendahl	
	U. Butz	
	M. Faubel	
	P. Klee	
	N.-Ch. Schaffert	
	V. Uellenberg	
	R. Voß	
	D. Ziegenhagen	
	Anja Michaelis	Schriftführerin

Tagesordnung: (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.05.2006 (öffentlicher Teil)
2. Vergaberichtlinien der Stadt Radevormwald
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.08.2006
3. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
4. 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung
5. Gestaltung der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2007
6. Umsetzung des Stellenkonzeptes
7. Fehlbedarfsabdeckung der Johanniter-Einrichtungen durch die Stadt Radevormwald
8. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

9. Niederschrift über die 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.05.2006
(nichtöffentlicher Teil)
10. Personalangelegenheiten
Besetzung der Leiterstelle des Fachbereiches Rechnungsprüfung
11. Niederschlagung von Forderungen
12. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.

Herr Enneper kritisiert die verspätete Zustellung der Einladungen. Herr Voß sagt hier eine Änderung des Verfahrensablaufs zu.

Öffentlicher Teil

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.05.2006 (öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Vergaberichtlinien der Stadt Radevormwald Antrag der CDU-Fraktion vom 07.08.2006

Herr Enneper erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Schaffert erklärt hierzu, dass das Vergaberecht aufgrund von EU-Vorschriften und Gerichtsurteile erheblich geändert wurde. Eine Arbeitsgruppe arbeitet in der Verwaltung bereits an der notwendigen Änderung der Vergabeordnung. Zusätzlich findet im November dieses Jahres für die betroffenen Bediensteten ein In-House-Seminar mit Experten des Deutschen Städtebundes zur Vermittlung des neuen Rechts statt.

3. Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Herr Meskendahl erläutert die Vorlage und erklärt die Notwendigkeit der Änderung der Vergnügungssteuersatzung. Das Verwaltungsgericht hatte in einem Musterprozeß in einer anderen Kommune bemängelt, dass die in der auch von uns übernommenen Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes enthaltene Definition des Begriffs Einspielergebnisse zu ungenau sei.

Aus diesem Grund ist der § 10 Abs. 2 Satz 2 geändert und neu gefaßt worden. Ein rückwirkendes Inkraftsetzen der Satzungsänderung ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Somit ist die Vorlage angenommen.

4. 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung

Herr Meskendahl erläutert die Vorlage und gibt bekannt, dass die Stadt Radevormwald aufgrund eines Kreistagsbeschlusses die o.g. Satzung ändern soll.

In Zukunft sollen kompostierbare, biogene Abfälle getrennt entsorgt werden. Herr Meskendahl schlägt ein zusätzliches, freiwilliges Angebot in der Satzung vor. Die Bürger könnten danach in der Verwaltung Abfallsäcke kaufen (0,40 € pro Stück) und den biogenen Abfall zum Betriebshof bringen.

Im Ausschuss ist man allgemein der Meinung, dass sich an einer solchen Lösung kein Bürger beteiligen wird. Alle Ausschussmitglieder sprechen sich gegen diese Satzungsänderung aus.

Es stellt sich zusätzlich die Frage, ob nicht sowieso eher die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit beim BAV als beim Kreistag liege.

Herr Stark schlägt der Verwaltung vor, dies zunächst zu überprüfen.

Die Satzung soll vorerst nicht geändert werden.

5. Gestaltung der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2007

Diese Vorlage wird von Herrn Meskendahl erläutert.

Im Stellenentwicklungskonzept ist vorgesehen, auch im Bereich der Abfallwirtschaft eine Stelle einzusparen. In diesem Bereich ist eine Auslagerung der Aufgaben an den BAV möglich.

Sollte jedoch die Abfallwirtschaft weiterhin in der Verwaltung abgewickelt werden, ist es möglich, den Personalbedarf auf eine ½ Stelle zu verringern. Diese Stelle belastet allerdings den städtischen Haushalt nicht, da die Ausgaben einschl. Verwaltungsnebenkosten in die Gebühren eingerechnet sind.

Herr Haselhoff spricht sich gegen eine Übertragung an den BAV aus. Er ist der Meinung, dass dieser Arbeitsplatz nicht aufgegeben werden soll. Gleicher Meinung sind Herr Schäfer und Herr Stark.

Herr Enneper trägt vor, dass eine Entscheidung erst nach Anhörung des BAV getroffen werden sollte.

Herr Haselhoff stellt den Antrag, die Verträge mit der Fa. Lobbe zu kündigen. Es wird allgemein festgestellt, daß dies unter dem gegebenen Tagesordnungspunkt nicht möglich ist. Darüberhinaus sollen die rechtlichen und praktischen Folgen einer möglichen Kündigung zunächst noch geprüft werden.

Herr Stark merkt an, dass die Verwaltung zunächst prüfen muss, ob bei der Übertragung von Aufgaben auf den BAV das einschlägige Urteil des OLG Beschluss Naumburg Anwendung findet. Das Gericht hielt in vergleichbaren Fällen eine vorherige Ausschreibung für erforderlich.

Eine weitere Behandlung der Vorlage erfolgt nicht.

6. Umsetzung des Stellenkonzeptes **Hier: Neustrukturierung des Hausmeisterwesens**

Es ist vorgesehen, den Hausmeisterbereich neu zu strukturieren. Das Konzept wird von Herrn Meskendahl dargestellt. 5 – 6 Stellen sollen innerhalb der nächsten 5 Jahre eingespart werden. Betriebsbedingte Kündigungen werden aber nicht erfolgen. Vereine und Schulen müssen in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen.

Die Schulleiter haben bereits schriftlich protestiert, daher ist Frau Greif der Meinung, dass vorab Gespräche mit den Schulleitern zu führen sind.

Herr Enneper sieht die Gefahr, dass mehr Schäden durch Vandalismus entstehen, wenn die Hausmeister nicht mehr ständig vor Ort präsent sind,. Die Hausmeisterwohnung Auf der Brede soll aber lt. Frau Butz wieder mit der Auflage vermietet werden, nach Schulschluss nach dem Rechten zu sehen.

Herr Schäfer stellt den Antrag, diesen Punkt nicht weiter zu beraten und ihn von der Tagesordnung zu nehmen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Konzept in seine Zuständigkeit fällt und lediglich zur Kenntnis gegeben wird, eine Entscheidung durch den Hauptausschuss ist nicht notwendig.

Herr Schäfer verlässt um 17.20 Uhr die Sitzung

Der Bürgermeister verdeutlicht, dass im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes selbstverständlich Gespräche mit den Schulleitern geführt und deren Wünsche soweit als möglich berücksichtigt werden.

Im übrigen wird das Konzept zur Kenntnis genommen.

7. Fehlbedarfsabdeckung der Johanniter-Einrichtungen durch die Stadt Radevormwald

Am 21.08.2006 ist ein Schreiben des Oberbergischen Kreises eingegangen, welches als Tischvorlage in der Sitzung verteilt wird.

Die Kommunalaufsicht hat gegen die finanzielle Unterstützung der Johanniter-Einrichtungen keine Bedenken. Auflage ist allerdings, dass die freiwilligen Leistungen deutlich unter 800.000,-- € liegen müssen.

2006 trugen die Mitarbeiter des Johanniter-Krankenhauses durch Lohnverzicht ein Drittel des Defizits, ein Drittel übernahm der Orden. Die Stadt soll nun das restliche Drittel des Defizits begleichen und hierfür 200.000 € zur Verfügung stellen.

Der Johanniter-Orden will seinen für 2006 zugesagten Zuschuss nicht zahlen und erwartet, dass Mitarbeiter und Stadt das Defizit tragen.

Der Hautpausschuss lehnt unter diesen Voraussetzungen Zahlungen an das Johanniter-Krankenhaus ab und ist sich einig, dass dieses Thema nach Gesprächen mit dem Johanniter-Orden in der nächsten Ratssitzung entschieden werden soll.

Auf Bitte von Herrn Rüggeberg sagt der Bürgermeister zu, allen interessierten Ratsmitgliedern die testierte Bilanz 2005 der Johanniter-Einrichtungen in Radevormwald zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. Darüberhinaus soll ein Wirtschaftsprüfer die Bilanz insbesondere bezüglich der möglichen Ausweisung von Rückstellungen und Ansammlung von Rücklagen, überprüfen.

Herr Stark bittet darum, den Fraktionen eine fortgeschriebene Liste über die Entwicklung der freiwilligen Ausgaben in den nächsten Jahren zur Verfügung zu stellen.

8. Mitteilungen und Fragen

Herr Enneper verweist auf die Fraktionsanträge und wünscht kurzfristig weitere Auskünfte über den demographischen Wandel in Radevormwald, über das Grundstückskataster und Fortschreibung des Straßenkatasters

Der Bürgermeister kündigt an, diese Themen in den nächsten Sitzungen der Fachausschüsse zu behandeln.